

Der Einfluss Chinas auf dem Westbalkan – und wie er finanziert wird...

Predrag Ćetković

Die *Belt and Road Initiative* (BRI) ist eine breit angelegte Strategie, im Rahmen derer China versucht durch den Bau bzw. die Finanzierung von Infrastruktur-Projekten in Afrika, Asien und Europa seine globale Bedeutung weiter auszubauen. Die Westbalkan-Staaten haben im Rahmen dieser Initiative einen besonderen Stellenwert für China. Im Folgenden soll daher der politische und ökonomische Einfluss Chinas in dieser Ländergruppe näher beleuchtet werden und insbesondere auf die auch für Österreich wichtige Finanzierung der Initiative eingegangen werden.

Chinesische Investitionen als wirtschaftlicher Antriebsfaktor

Ein wesentlicher Bereich der von China geförderten Infrastruktur-Projekte ist der Ausbau von Straßen- und Eisenbahnnetzen.¹ Dazu kommen noch bedeutende Investitionen im Energiesektor. Gemessen an westlichen Standards haben die Westbalkan-Staaten einen massiven Aufholbedarf hinsichtlich ihrer Infrastruktur, vor allem was deren spärlich ausgebaut Auto- und Eisenbahnnetze betrifft. Aber auch der Energiesektor ist durch eine veraltete sowie umweltbelastende Technologie gekennzeichnet (Holzner/Schwarzhappel 2018). Eine bedeutende Rolle bezüglich chinesischer Investitionen spielt Serbien, das als wichtiges Transitland den Hafen Piräus in Griechenland mit weiteren Ländern der Europäischen Union verbindet. Zu den wichtigsten Investitionen zählen hier der Bau einer Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke zwischen Belgrad und Budapest und der Ausbau des serbischen Autobahnnetzes.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt zumeist in Form von günstigen Krediten, die die Regierungen der Westbalkan-Staaten von chinesischen Investoren erhalten. Es handelt sich dabei in der Regel um öffentliche Investitionen lokaler Regierungen und weniger um Direktinvestitionen chinesischer Unternehmen. Die Kredite haben zumeist mit ca. 20 Jahren lange Laufzeiten und mit ca. 2 % einen niedrigen Zinssatz (Grübler u. a. 2018). An der Errichtung der Infrastruktur sind neben lokalen Unternehmen aber auch chinesische Unternehmen beteiligt. Was die ausländischen Direktinvestitionen betrifft, halten den mit Abstand größten Teil des Bestandes weiterhin Unternehmen aus der EU, zu denen vor allem österreichische Firmen zählen. Die Europäische Union selbst versucht aber auch die Westbalkan-Länder beim Ausbau ihrer Infrastruktur finanziell zu unterstützen. Dies erfolgt im Rahmen des *West Balkan Investment Framework* (WBIF). Auch hier geht es um Investitionen im Bereich Energie und Transport, wobei der Großteil der Projekte durch Kredite und weniger durch Grants finanziert wird.

Implikationen der chinesischen Projekte für den Finanzsektor

Die Projekte der BRI werden neben multilateralen Entwicklungsbanken wie der *Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)* oder der *New Development Bank (NDB)*, an denen China beteiligt ist, auch von chinesischen Banken finanziert. Den weitaus größten Teil davon finanziert die staatliche *Export-Import Bank of China (China EXIM Bank)*. Aber auch die *China Development Bank (CDB)* oder die *Agricultural Development Bank of China (ADBC)* sind bedeutende Finanzierungsinstitute.

Lokale Banken profitieren von der Initiative aber auch durch eine verstärkte wirtschaftliche Aktivität, die durch die von China unterstützten Investitionen angetrieben wird. Hinsichtlich der Westbalkan-Staaten sind es aber weniger lokale Banken im engeren Sinn, die hier mitschneiden, sondern Banken aus der Europäischen Union, da Ende der 1990er- bzw. Anfang der 2000er-Jahre die meisten Banken in der Region an ausländische Banken verkauft wurden. Das Resultat war ein dominanter Anteil ausländischer Banken an den Gesamtaktiva des Bankensektors. Österreichische Banken haben dabei eine sehr wichtige Rolle, obwohl sich deren Bedeutung mit Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 etwas abgeschwächt hat. Ursache dafür war einerseits eine geringere Kreditvergabe, die zu einem Abbau der Aktiva führte. Andererseits wurden die regionalen Töchter der Hypo-Alpe-Adria und der Volksbank verkauft.

Von den mittlerweile global operierenden chinesischen Banken ist am Balkan nur die *Bank of China (Hungary)* präsent. Diese hält ihr regionales Hauptquartier in Budapest und ist seit Anfang 2017 mit einer Filiale in Serbien aktiv. Diese soll als Dreh- und Angelpunkt für das Westbalkan-Geschäft der Bank dienen. Die Bank of China (Hungary) hält auch eine Filiale in Wien. Neben dieser chinesischen Bank ist auch die *Industrial and Commercial Bank of China (ICBC)* seit einigen Monaten in Österreich präsent. Wien soll der Bank als Headquarter für ihr Südosteuropa-Geschäft dienen.

Die serbische Filiale der Bank of China hat derzeit nur eine sehr geringe Bilanzsumme, die weniger als 0,1% der Bilanzsumme des gesamten Bankensektors in Serbien beträgt (NBS 2018). Die Aktiva der Bank bestehen derzeit zum Großteil aus Forderungen an die Zentralbank. Das derzeitige Geschäft beschränkt sich im Wesentlichen auf die Unterstützung chinesischer Unternehmen in Serbien sowie der Förderung von chinesisch-serbischen Unternehmenskooperationen in ihrer Geschäftstätigkeit in der gesamten Region. Das Geschäft mit Unternehmen ist im Wesentlichen das Ziel der Bank und das Geschäft mit sonstigen PrivatkundInnen spielt derzeit im Hinblick auf Kredite keine Rolle.

Aber auch europäische Banken sehen das geschäftliche Potential, welches sich durch die BRI ergibt. Beispielsweise hatte die *Raiffeisen Bank International (RBI)* ihre VertreterInnen auch beim China-Staatsbesuch der österreichischen Delegation rund um den Bundespräsidenten im vergangenen April dabei. Es wurden einige Kooperationen mit chinesischen Unternehmen und Banken geschlossen, die sich auf die Finanzierung bzw. Bereitstellung von sonstigen Finanzdienstleistungen für chinesische Projekte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beziehen. Die RBI ist selbst auch in China seit längerem präsent, um chinesisch-österreichische Kooperationen sowie chinesisches Engagement in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu unterstützen. Die RBI hat dabei den Vorteil, dass sie ein bedeutender Player in der Region ist.

Die chinesischen Investitionen sind für österreichische und andere europäische Banken am Westbalkan von hoher Bedeutung, da das Vorkrisen-Geschäftsmodell dieser Banken in der Region mit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erschüttert wurde. Die

Praxis der ausländischen Banken war vor der Krise stark durch die Finanzialisierung geprägt. Dies bedeutet, dass die Kreditvergabe mit einer enormen Haushaltsverschuldung einherging. Dies war auch stark mit einem Anstieg von Fremdwährungskrediten und einer starken Auslandsverschuldung der Banken verbunden. Letztere wurde durch die Verbindungen der lokalen Banken zu ihren Mutterbanken im Ausland begünstigt. Während der Krise kam es in der Region dann zu einer stagnierenden Kreditdynamik, hohen Wertberichtigungen aufgrund fauler Kredite und einem Entschuldungsprozess der Banken gegenüber ihren Mutterbanken. Die Belt and Road-Initiative bietet den am Westbalkan aktiven europäischen Banken somit die Möglichkeit für sich auftuende neue Geschäftsfelder.

Der politische Einfluss Chinas als Bremse für den EU-Beitritt?

Die politische Situation in den Westbalkan-Staaten ist zu einem bedeutenden Teil durch die Bestrebungen des Beitritts zur Europäischen Union geprägt. Montenegro und Serbien befinden sich bereits in Beitrittsgesprächen und visieren einen Beitritt im Jahr 2025 an. Bosnien-Herzegowina hat zwar formal um einen Beitritt angesucht, ein möglicher Beginn von Gesprächen ist aber bis auf weiteres kaum vorhersehbar. Mazedonien gilt schon seit langem als Beitrittskandidat, der Beginn von Gesprächen wird allerdings durch den Namensstreit mit Griechenland blockiert. Da hier aber möglicherweise ein Kompromiss absehbar ist, könnten die Verhandlungen 2019 zusammen mit jenen von Albanien starten. Hinsichtlich des Kosovo besteht weiterhin das Problem, dass dessen Unabhängigkeit von einigen EU-Staaten nicht anerkannt wird und dadurch an Beitrittsgespräche derzeit nicht zu denken ist.

Dass die Skepsis in der EU bezüglich einer neuen Erweiterungsrunde vorhanden ist, ist auch den politisch Verantwortlichen in der Region nur zu gut bewusst. Die Regierungen versuchen daher, die politischen und ökonomischen Bindungen zu anderen Großmächten wie Russland oder China auszubauen bzw. aufrechtzuerhalten. Hinsichtlich Russland gibt es in der Region allerdings eine ambivalente Haltung. In Serbien versucht die Politik trotz der Beitrittsgespräche die traditionell starken politischen Bindungen zu Russland nicht aufzugeben. Die Republika Srpska als Teil Bosnien-Herzegowinas versucht ebenfalls die Bindungen zu Russland stark zu halten. Dies ist im anderen Teil des Landes, der Föderation Bosnien-Herzegowinas, weniger ausgeprägt. In den anderen Westbalkan-Ländern sind die Regierungen viel stärker in Richtung USA und EU orientiert. Dies gilt seit einiger Zeit auch für Montenegro, wo die Beziehungen zu Russland durch den NATO-Beitritt stark belastet sind.

China hat mit den Investitionsförderungen ein geeignetes Mittel gefunden, um sich auch politischen Einfluss in der Region zu sichern. Dieser regionale politische und ökonomische Einfluss könnte dann durch den potenziellen EU-Beitritt dieser Länder an Bedeutung stark zugewinnen. China hat mit seinen Investitionen in anderen EU-Staaten ohnehin schon an struktureller Bedeutung gewonnen, die sich dann durch eine Erweiterungsrunde um den Westbalkan verstärken würden.

Unter anderem ist dieser politische Einfluss Chinas auch ein Grund dafür, dass in der EU die chinesischen Investitionen am Westbalkan mit großer Skepsis betrachtet werden, wie auch in einem Interview des für die Erweiterung zuständigen Kommissars Johannes Hahn zu entnehmen ist (Politico 2018). Neben diesen politischen sind aber auch ökonomische Unvereinbarkeiten zwischen den Vorstellungen der Union und der chinesischen

Investitionspraxis zu erwarten. Dies gilt vor allem für die Investitionen im Energie-Sektor, da hier beispielsweise Kohlekraftwerke gefördert werden, die zu einer Art von Energiegewinnung zählen, von der sich die Europäische Union eigentlich lösen möchte. Dass die chinesischen Förderungen ausschließlich in Form von Krediten finanziert werden, birgt auch die Gefahr einer Überschuldung der Länder, die sich in Folge auch auf den EU-Beitritt auswirken könnte (Holzner/Schwarzhappel 2018). Es gibt aber auch Investitionen, die sich mit den Vorstellungen der Union decken, wie beispielsweise einige Autobahnprojekte, die entlang der Transeuropäischen Netze gebaut werden und erst durch die chinesische Finanzierung an Antrieb gewinnen.

Ausblick

Die Westbalkan-Region ist seit langem durch eine starke politische Instabilität gezeichnet, deren nachhaltige Beruhigung kaum absehbar ist. Innerstaatliche Spannungen wie jene in Bosnien-Herzegowina sind ebenso vorhanden wie zwischenstaatliche Konflikte wie jener zwischen Serbien und dem Kosovo. Die Europäische Union versucht sich hier recht erfolglos als Mediator. Die Rolle der EU wird teilweise auch als unerwünschte Einmischung von außen betrachtet und wie im Fall der Republika Srpska für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert.

Neben den politischen Problemen droht der Region aber auch ein massives demografisches Problem in der Zukunft, da sie durch eine enorme Abwanderung von vor allem jungen Menschen gekennzeichnet ist. Dies könnte dann die wirtschaftliche Situation in der weitaus deindustrialisierten Region weiterhin verschärfen. Die wirtschaftliche Situation ist praktisch ausschließlich durch externe Faktoren bestimmt, da sie stark von der Dynamik vor allem der EU-Staaten abhängt. Die Balkan-Staaten verfolgen keine eigenen substanziellen Entwicklungsstrategien. Das mehr oder minder einzige Mittel das hier eingesetzt wird, sind steuerliche Erleichterungen für ausländische Unternehmen, da diese als Heilmittel für die strukturschwachen Ökonomien betrachtet werden.

Neben den Subventionen wird die Ansiedlung von Unternehmen auch durch eine entsprechende Infrastruktur begünstigt. Das chinesische Engagement kommt einer solchen Strategie nur zugute, da es die Finanzierung von Infrastruktur bereitstellt, die die Länder aus ihren Budgets nicht selbst stemmen könnten und die unter deutlich günstigeren Konditionen gewährt wird als Mittel aus EU-Quellen. Die wesentliche Frage, die sich durch das chinesische Engagement auftut, ist jene, die mit einem potenziellen Beitritt der Westbalkan-Staaten zur Europäischen Union zusammenhängt. Die ohnehin schon vorhandene Skepsis gegenüber einer neuen Erweiterungsrunde in einigen EU-Ländern steigt mit dem wachsenden ökonomischen und politischen Einfluss Chinas am Westbalkan. Ob die chinesische Initiative neben den derzeitigen Finanzierungen von Infrastruktur-Projekten in Zukunft zu einer stärkeren Expansion chinesischer Unternehmen und Banken auf den Balkan führt, ist ebenfalls eine bedeutende Frage für die betroffenen Länder und deren Beziehungen zur Europäischen Union.

Anmerkung

- 1) Einen Überblick über die wichtigsten chinesischen Projekte in den Westbalkan-Staaten bieten Barisitz/Radzyner 2017.

Literatur

- Barisitz, Stephan/Alice Radzyner (2017): *The New Silk Road, part II: implications for Europe. Focus on European Economic Integration Q4/17*, 70–81. Wien: Oesterreichische Nationalbank.
- Grübler, Julia/Bykova, Alexandra/Ghodsi, Mahdi/Hanzl-Weiss, Doris/Holzner, Mario/Hunya, Gábor/Stehrer, Robert (2018): *Economic Policy Implications of the Belt and Road Initiative for CESEE and Asutria. Policy Notes and Reports Nr. 23*. Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.
- Holzner, Mario/Schwarzhappel, Monika (2018): *Infrastructure Investment in the Western Balkans: A First Analysis. Research Report Nr. 432*. Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.
- NBS (2018): *Financial Statement of Banks*. Belgrad: Narodna Banka Srbije. http://nbs.rs/internet/english/50/50_5.html
- Politico (2018): *Beware Chinese Trojan horses in the Balkans, EU warns*. <https://www.politico.eu/article/johannes-hahn-beware-chinese-trojan-horses-in-the-balkans-eu-warns-enlargement-politico-podcast/>